

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, 80, Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgepaltene Zeitspalt mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgepaltene Zeitspalt oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Kleb-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 5 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen pränumerando gezahlt werden.

Inhalt.

- Offene Briefe an Friedrich von Hellwald. I.
- Die Temperatur in Berlin wird immer angenehmer. Deutscher Reichstag.
- Politische Uebersicht: Unerfreuliche Aussichten. — Schiffsunglück. — Aus Graz. — Spanisches. — Robbertus †. — Lange †. — Frau Stroussberg. — Der „Reichsbote“ und unsere Volksschullehrer.
- Innere Partei-Angelegenheiten.
- Korrespondenzen: Bursche. — Berlin. — Hamburg. — Bremen.

Offene Briefe an Friedrich von Hellwald.

I.

Wenn ich mit kritischer Sonde an die in Ihrer Kulturgeschichte ausgesprochenen Worte heranträte: „Der Kampf ist unendlich“, und der hieraus gezogenen Konsequenz: „Ausschluss der Menschenliebe aus der Geschichte für alle Zeiten“, nicht beipflichte, so geschieht dies nicht etwa deswegen, weil ich einem über den Naturgesetzen, welche die menschliche Entwicklung bedingen, stehenden Ideale huldigte, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß der Naturprozess selbst eine organische Gliederung der Menschheit herbeiführen muß. Wenn innerhalb derselben der egoistische Trieb des Einzelnen, als Stärkerer den Schwächeren zu beherrschen, überwogen wird von dem gefälligen Triebe, welcher, auf der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses beruhend, auf Gleichheit Aller hinwirkt, so bleibt damit der Selbsterhaltungstrieb in ganzer Kraft bestehen; nur äußert sich derselbe in entgegengesetzter Weise, als bei dem Vorherrschenden des egoistischen Triebes vorwiegend nicht mehr als „Kampf“, sondern als „Menschenliebe“.

Ich behaupte nicht, daß in der Gegenwart die menschliche Gesellschaft bereits zu einem solchen, den inneren Kampf beruhigenden Organismus sich entwickelt habe. Ich füge vielmehr darauf, daß kulturgeschichtliche Thatsachen vorhanden sind, aus welchen für die heutigen Kulturvölker das stete Wachstum der geselligen Seite des Selbsterhaltungstriebes auf Kosten seiner egoistischen Seite sich ergibt — ich weise hier als Beispiel nur darauf hin, daß die größte Kulturverrentung der Gegenwart, nämlich der angesammelte Schatz wissenschaftlicher Wahrheiten menschliches Gemeingut darstellt und um seiner selbst willen durch die einzelnen Menschen vermehrt wird. Steht aber einmal eine gegenwärtig in ihren Anfängen beobachtete derartige Richtung der Entwicklung der Menschheit fest, so ergibt sich logisch daraus, daß dieselbe einmal dahin führen muß, daß der Selbsterhaltungstrieb sich weniger im Kampfe der Einzelnen um den Vorrang, als vielmehr in gemeinschaftlichem, gleichmäßigem Handeln Aller äußert, einem Organismus vergleichbar.

Der menschliche, resp. thierische Körper ist ein aus Zellen bestehender Organismus, von welchem jede ein eigenes vegetatives Dasein führt; wohl mögen die Zellen eines Organes auf Kosten jener eines anderen rascheren Stoffwechsel haben und an Masse zunehmen, also gewissermaßen mit jenen einen Kampf um's Dasein führen. Aber eine höhere Macht, die Existenzfrage des gesammten Organismus, schränkt diesen Kampf ein, indem der ganze Organismus zu Grunde geht, wenn die Zellen eines für ihn wesentlichen Organes in jenem Kampfe um's Dasein unterliegen.

Die Kulturentwicklung drängt nun die menschlichen Einzelwesen auf Organisation hin; Familie, Stamm, Staat und Kulturgesellschaft sind die stets komplizirteren Formen. Es läßt sich mit mathematischer Gewißheit darthun, daß die dichten Bevölkerungen der Kulturstaaten an Nahrungsmangel sofort zu Grunde gehen müßten, falls der Kampf um's Dasein die Auflösung dieser Organisationen herbeiführte und die großen Gruppen in einzelne Individuen zersplitterte. Die Abhängigkeit des einzelnen Menschen von der Gesamtheit wird hierdurch eben so zwingend, wie jene der Zelle vom Organismus. Das körperliche Band der Zellen wird für die Menschen dargestellt durch die Erkenntnis der Nothwendigkeit gemeinsamer Interessen-Verfolgung bei Strafe des gemeinschaftlichen Unterganges. Somit muß der Selbsterhaltungstrieb schließlich dahin führen, daß die Menschheit, durch das Band gemeinsamen Denkens verknüpft, als Organismus höheren Grades lebt und dies Dasein, sowie die Thätigkeit ihrer einzelnen Organe eben so regelmäßig unterhält, wie der menschliche Körper seinen Stoffwechsel.

Die Meinungsverschiedenheit über die endliche Wirkung des Kampfes um's Dasein in der Natur und Gesellschaft rührt meines Erachtens daher, daß ihm bezüglich der einzelnen Individuen in der organischen Welt meistens eine zu ausschließliche Rolle durch die Vertreter der neueren Naturwissenschaft angewiesen wird, während die übrigen

Ursachen der Anpassung der Organismen an die Außenwelt allzusehr in den Hintergrund gedrängt werden. Ich vermute, daß bei dem Entstehen der Darwin'schen Theorie auf englischem Boden die dort herrschenden national-ökonomischen Theorien eines Malthus und der Manchester'schule durch ihre Analogie dazu geführt haben, gewissermaßen die „freie Konkurrenz“ im Kampf um's Dasein als alleinige Triebfeder der Umwandlung der Organismen zu betrachten und der von Lamarque und Anderen behaupteten Umwandlung der Organe lebender Thiere und Pflanzen durch den Einfluß ihrer Umgebung eine zu geringe Bedeutung beizulegen.

Ich, für mein Theil, bin jedoch geneigt, den verschiedenen Ursachen gleiches Gewicht zu geben und regestritte demnach zunächst für die Umwandlung der Arten — sodann angewandt auf die Kulturgeschichte der Menschheit für die Entwicklung jener — drei wirksame Momente, von denen je nach Umständen das eine oder das andere überwiegt.

Erstens, passive Anpassung im Kampf um's Dasein: Jene Individuen von Thier- und Pflanzenarten, welche den äußeren Verhältnissen am Besten Widerstand leisten können, pflanzen sich vorzugsweise fort und vererben die Eigenschaften, welche sie auszeichnen auf ihre Nachkommenschaft, während die weniger bevorzugten Individuen untergehen. Der Starke verdrängt den Schwachen.

Zweitens, aktive Anpassung durch Selbstveredelung: Alle Individuen entwickeln jene Organe während ihres Lebens auf Kosten der übrigen am stärksten, deren sie am Meisten zu ihrer Selbsterhaltung bedürfen. Die Arbeitsleistung bewirkt die Circulation der Säfte und in Folge dessen die Neubildung der Zellen und das größere Wachstum dieser Organe. Es tritt eine Aenderung des Organismus ein, welche er auf seine Nachkommenschaft vererbt.

Drittens, zufällige Anpassung durch Ortsveränderung: Alle Individuen, für welche durch örtliche oder klimatische Veränderungen neue Lebensbedingungen geschaffen werden, müssen untergehen oder sich demselben durch Veränderung des Organismus anpassen. Die unter bestimmten örtlichen und klimatischen Verhältnissen bestehenden Arten tragen daher auch ein bestimmtes Gepräge.

Diese Sätze sind nicht neu, nur vergißt man über dem ersten zu leicht das Gewicht der beiden anderen. Und vor Allem machen sich letztere bei der Entwicklung der Menschheit geltend, bei welcher es sich, sobald dieselbe in das Stadium der sogenannten Kultur eintritt, fast nur noch um die Ausbildung und das Anpassungsvermögen eines einzigen Organes, des Gehirns, handelt.

Die Anpassung des Menschen, vor Allem des Kultur- oder Gehirnmenschen, an die Außenwelt legt daher den obigen drei Ursachen der Entwicklung eine in ihrer Größe sehr wechselnde Wirkung bei, wie wir sogleich erkennen werden.

Die Temperatur in Berlin wird immer angenehmer.

Am 9. d. Morgens fand wieder einmal in der Expedition des „Neuen Socialdemokrat“ eine Hausfuchung statt, diesmal aber mit Hindernissen; und was das Bemerkenswerthe dabei war, mit Nichtbeachtung der im § 27 des Preßgesetzes vorgeschriebenen Bestimmungen.

Der § 27 des Preßgesetzes lautet nämlich: „Die Beschlagnahme von Druckschriften trifft die Exemplare nur da, wo dergleichen zum Zweck der Verbreitung sich befinden. Sie kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen.“

„Bei der Beschlagnahme sind die dieselbe veranlassenden Stellen der Schrift unter Aufzählung der verletzten Gesetze zu bezeichnen. Trennbare Theile der Druckschrift (Beilagen einer Zeitung u.), welche nichts Strafbares enthalten, sind von der Beschlagnahme auszuschließen.“

Der Hergang war folgender: Kurz nach 10 Uhr kamen zwei Schutzleute besäbelt und behelmt in die Expedition und es verlangte der Eine den Vertreter derselben, Radow, zu sprechen.

Er präsentirte einen circa 4 Zoll großen Zettel, ohne Anto-Siegel, und wollte darauf hin den Vorrath von „Armen Contad's“ mit Beschlagnahme belegen.

Radow und Freijche erklärten ihm, daß sie auf einen solchen Zettel hin die Beschlagnahme der Kalender nicht dulden werden.

Hierauf ging einer der Schutzleute fort, um dem Revier-Beutenant Bericht zu erstatten, der andere verblieb im Geschäftslokale.

Es wurde von dem Expeditions-Personal wie gewöhn-

lich gearbeitet, und sind Schriften im Expeditionszimmer verpackt und forttransportirt.

Hiergegen wollte der dagebliebene Schutzmann Einspruch erheben, indem er vielleicht glaubte, der Kalender würde bei Seite geschafft werden.

Hierauf erklärte Radow, daß er sich nicht durch seine Anwesenheit in seiner Arbeit stören lasse, überhaupt halte er ihn nicht für berechtigt, im Zimmer zu verweilen, so lange er kein amtliches Schriftstück vorzeige, wonach er als Wache in's Geschäftszimmer dirigirt sei, vielmehr bitte er ihn, jetzt das Lokal zu verlassen.

Diesem Wunsche kam dann auch der Beamte nach.

Bald darauf trat nun der Revier-Beutenant selbst ein, jedoch ebenfalls nur mit dem 4 Zoll großen Zettel, worauf ihm dieselbe Erklärung wurde, wie vorhin dem Schutzmann. Sodann entfernte sich der Lieutenant unter Zurücklassung diverser Schutzleute als Besatzung der Ausgänge, jedoch außerhalb des Zimmers, auf dem Corridor.

Nachdem ca. 1 Stunde vergangen, kehrte der Lieutenant mit einer amtlichen Verfügung zurück. Er las dieselbe vor, worauf Radow sich veranlaßt sah, zu erklären, daß dieselbe nicht genüge, laut § 27 des Preßgesetzes müßten bei einer Beschlagnahme auch der Grund derselben, resp. die inkriminirten Stellen der betreffenden Schrift angegeben werden. Da dies nicht geschehen sei, so könne er die Beschlagnahme nicht dulden, und las hierauf dem Beamten den Wortlaut des § 27 dieses Gesetzes vor. Dieser erklärte jedoch in Gegenwart der Herren Freijche, Baumann und Anderer: daß er dann Gewalt anwenden und den Vorrath konfiszieren werde.

Der Gewalt wurde kein Widerstand entgegengesetzt und unser „Armer Konrad“ wanderte unter den Armen einiger Schutzleute dem Wolfenmarke zu. Radow und Freijche sollten nun noch einen Reviers unterschreiben, wonach 55 Kalender mitgenommen seien, was sie verweigerten.

Selbstverständlich wird über diese Konfiskation mit Außerachtlassung betr. Bestimmungen des Preßgesetzes ganz energische Beschwerde geführt.

Deutscher Reichstag.

Debatte über den Gehalt der Postbeamten.

(Nach dem stenographischen Bericht.)

Präsident: Zit. 9. — Der Herr Abg. Dr. Ringens hat das Wort.

Abg. Dr. Ringens: Meine Herren, zu Zit. 9 habe ich mir das Wort erbeten, um auch meinerseits einige Ausführungen zu veranlassen. In der Denkschrift, die uns mitgetheilt worden ist, über die Verschmelzung der Telegraphie mit der Post in Bezug auf die Verwaltung und den Betrieb für das Jahr 1876, ist zugesichert, daß diese Verschmelzung zur Folge haben werde: erstlich eine Vervollständigung der Telegraphie-Einrichtung, dann aber zweitens, daß trotzdem keine Verstärkung der Beamtenkräfte einzutreten brauche, drittens aber gleichwohl eine Erhöhung des Einkommens gestattet werde in unbedeutenderen Dienststellen. Es ist dabei bemerkt: „bei sonst nicht vollbeschäftigt gewesenen Beamten.“ — Ich zweifle nun durchaus nicht daran, meine Herren, daß unserem energischen Herrn General-Postdirektor auch in diesem Unternehmen die in Aussicht gestellten Verbesserungen gelingen werden, daß also der nächstjährige Etat in der Beziehung schon ein wesentlich besserer sein wird, insofern die Telegraphie sich darin auch wird als einträglich erweisen. Aber, meine Herren, bei der Durchsicht der folgenden Positionen dieses Titels ist mir aufgefallen, daß Einrichtungen getroffen worden sind, die ich nicht wohl mit solchen Zusicherungen zu vereinigen vermag.

Es ist mir nämlich eingfallen, daß die nächste Folge der Aufstellung dieses Etats eine erhebliche Verschlechterung des Einkommens der Postsekretäre in Berlin sein wird. In Berlin befinden sich, wenn meine Notizen richtig sind, ungefähr 502 Postsekretäre. Außerhalb Berlins sind bei der Post 1850, bei der Telegraphie 254 Sekretäre, macht in Summa 2104, die im Minimum 1650, im Durchschnitt 2325, im Maximum 3000 Mark beziehen. An deren Verhältnissen hat der neue Etat nichts geändert. Außerdem aber waren noch vorhanden in Berlin: bei der Post 232, bei der Telegraphie 38, in Summa 270 Sekretäre, inklusive 32 Sekretäre im Zeitungskamt, welche im Minimum 2100, im Durchschnitt 2700, im Maximum aber 3300 Mark bezeugen haben. Die Sekretäre in Berlin fanden also im Durchschnitt um 375 Mark per Stelle besser, als ihre Kollegen auswärts. Die Mehrausgabe pro 1875 betrug also für die Berliner Post- und Telegraphen-Sekretäre 270 mal 375 gleich 101,250 Mark. Nun, meine Herren, wirft der neue Etat die 2104 Sekretäre außerhalb Berlins mit den 270 Sekretären in Berlin zusammen und setzt, indem die Zahl der Stellen um 88 vermehrt werden soll, für in Summa 2462 Sekretäre den Durchschnittssatz auf 2395 Mark fest. Demnach werden 270 Stellen um je 375 Mark, oder im Ganzen um die oben angegebene Summe von 101,250 Mark, geschmälert und herabgemindert. Zieht man von dieser Summe den im neuen Etat ausgebrachten Zuschuß für die 95 ältesten Sekretäre mit je 300 Mark = 28,500 Mark, dann für die 95 nächstältesten Sekretäre mit je 150 Mark gleich 14,250 Mark, im Ganzen also mit 42,750 Mark ab, so ergibt sich, daß den Berliner Sekretären überhaupt ein Betrag von 58,500 M. hinfürso entzogen werden soll. Das ist aber mehrwirdigweise annähernd der Betrag, um welchen die höheren Stellen in Berlin verbessert werden sollen, nämlich: für den Oberpostdirektor 1500 Mark, für den Rentanten der Oberpostkasse 800 Mark, für den Kassier dieser Kasse 600 Mark, für acht Buchhalter je 300 Mark Aufbesserung; außerdem für die Vorsteherstellen des Hauptpostamts, des Stadtpostamts, des Paket- und Fuhrpamts, endlich die Vorsteher zweier Telegraphen-Kemter ein Zuschuß von 1200 Mark. Die Sekretäre aber in Berlin geben leer aus; es sind deren in älteren Stellen 200, in den übrigen 302.

Im Jahre 1873 wurde bei der damaligen Verhandlung ein be-

sonderer Werth darauf gelegt, daß im Besoldungsmodus in Berlin nichts geändert werde. Auch im Postetat von 1874 heißt es:

Für die Sekretäre in Berlin sind bei der ausnahmsweisen Lage der Verhältnisse an diesem Orte die bisherigen Gehaltsätze beibehalten worden.

Da drängt sich nun wohl die Frage auf, meine Herren, hat nicht seitdem die beständige ausnahmsweise Lage der Verhältnisse in Berlin aufgehört? Ich für meinen Theil muß das bezweifeln. Jedenfalls würde dann aber auffällig bleiben, falls die Lage der Verhältnisse in Berlin sich wirklich gebessert hätte, falls also jetzt in der That die Lebensbedingungen günstiger geworden wären, als sie früher waren, warum die Postverwaltung diese Verbesserung abschafft, während für andere Verwaltungen nicht das Gleiche in dem Budget vorgeschlagen wird. Die Postverwaltung wäre die einzige, wenn ich das Budget richtig aufgefaßt habe, die mit dieser Herabminderung den Anfang macht, während die anderen Verwaltungen die früheren Sätze durchaus beibehalten haben. Dann bliebe aber zweitens noch die Frage übrig: wenn gerade bei der Postverwaltung eine solche Herabminderung und Ersparnis stattfinden soll, warum zunächst denn bei den Postsekretären? Da finde ich nun in den Erläuterungen Seite 17 bemerkt: durch das Zusammenwerfen der Post- und Telegraphen-Sekretäre in Berlin mit denen außerhalb Berlins werde die Verwaltung „eine größere Beweglichkeit in Bezug auf die dienstliche Verwendung der Beamten dieser Dienstklasse“ erlangen. — Dieser Grund will mir ebenfalls nicht zusagen. Meine Herren, was ist zu verstehen unter größerer Beweglichkeit? Etwas, daß hinfort sowohl die Postsekretäre in Berlin wie alle übrigen Postsekretäre des Reiches einem starken Wechsel, gar einer willkürlichen Versetzung unterliegen sollen? Das würde mir eine Härte scheinen, die ich dem Herrn General-Postdirektor in der That nicht zutrauen kann. Ich glaube, wir haben alle Ursache, wenn wir uns vergegenwärtigen den schweren Dienst, die aufreibende und verantwortungsvolle Thätigkeit der Postsekretäre, wie wir dieselbe in unseren Städten außerhalb Berlins, wie wir sie dann besonders wahrnehmen in Berlin, namentlich an den Postämtern auf den Eisenbahnhöfen, — ich meine, wenn wir diese Thätigkeit betrachten, dann müssen wir solche Leistungen anerkennen und bereitwillig würdigen. Meine Herren, ich glaube, dieses Haus schuldet so tüchtigen, opferwilligen und ihrem Dienste sich hingebenden Beamten, ihnen seine warme Sympathie zu bezeugen. Solcher Sympathie würde es aber direkt widerstreiten, wenn wir stillschweigend darüber hinweggehen wollten, daß in Zukunft alle jene Beamten einer Gemeinheit unterworfen würden, wodurch ihnen die Heimath geraubt, wodurch das Verbleiben an dem Orte, an welchen Familien- und dauernde Verhältnisse Bande geknüpft haben, ihnen erschwert würde.

Ferner aber möchte ich bei diesem Anlaß auch betonen, meine Herren, daß ich sehr wohl wünschte, unsere Reichsbeamten möchten so gestellt, so geachtet sein, daß sie gewissermaßen Muster würden und Muster bleiben für alle übrigen Beamten, insbesondere für die in den Pariserkantons. Mir liegt am Herzen, daß die angemessene Unabhängigkeit der Postbeamten hier von Ihnen anerkannt und geschützt werde. Ich wünsche das in dem Sinne, daß jeder Reichsbeamte, wenn er seine Amtspflicht voll, ganz und treu erfüllt hat, dann in allem Uebrigen unbehelligt gelassen werden mag, daß er in seinen bürgerlichen Beziehungen, in seiner Stellung als Staatsbürger, als Bürger einer Gemeinde, durchaus nicht von seinen Oberen drangsalirt werde. Wir haben in einzelnen Bundesstaaten gerade in den letzten Zeiten gar traurige Erfahrungen gemacht; — meine Herren, exemplis aunt odiosa. Ich könnte aus meiner eigenen Vaterstadt aus allerley Zeit Anführungen machen, die Ihr Gehörnen in hohem Grade provoziren würden; ich will das aber nicht thun; ich begnüge mich, die Erwartung auszusprechen, daß alle Postsekretäre, daß alle Postbeamte, welche das große Heer der sechszigtausend Postanstalten im deutschen Reich bilden, nicht bloß durch Tüchtigkeit, sondern auch durch Ihren Ehrgeiz, sowie durch rechte Unabhängigkeit auszeichnet seien. — Dann werden auch die Telegraphen-Sekretäre, sowie die Telegraphisten und Ober-Telegraphisten, die zur Zeit in großer Besorgnis und Unruhe sind — sie sowohl, wie auch die Postsekretäre haben mehrere Petitionen an das hohe Haus gerichtet — ich hoffe zuverlässig, sie alle werden erspart werden, daß alle ihre Interessen eine sorgfältige, eine gewissenhafte, eine energische Fürsorge finden werden in den Händen des Herrn General-Postmeisters.

Präsident: Der Herr Kommissarius des Bundesraths hat das Wort.

Kommissarius des Bundesraths, kaiserlicher Geheim-Postrath Riehn: Meine Herren, ich möchte mir erlauben, zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß die Feststellung der Gehälter für die Postsekretäre in Berlin keineswegs mit der Gehaltsfestsetzung für die höheren Stellen der Postverwaltung in Verbindung steht. Die Art, wie die Gehälter für die Postsekretäre in Berlin durch den gegenwärtig vorliegenden Etat bestimmt worden sind, ist auch nicht bloß diesen Beamten angewandt, sondern sie findet sich gleichmäßig durchgeführt bei den Gehältern der Oberpostsekretäre, der Postinspektoren und der Postdirektoren in Berlin, indem eben für die Stellen in Berlin ein Zuschuß zum Gehalt gewährt wird. Es ist also notwendig erachtet worden, eine Gleichstellung der Postsekretäre in Berlin mit jenen in anderen großen Städten möglich anzustreben, wenn auch keineswegs verkannt wird, daß in Berlin gerade eine größere Zahl tüchtiger Postsekretäre vorhanden sein muß, um den Schwerigkeiten des Dienstes gerecht zu werden. Dieser größeren Zahl von Postsekretären soll nach dem Vorschlage des Etats, soweit sie sich in dem vorgerückten Dienstalter befinden, in Berlin ein Zuschuß gewährt werden von theils 300 Mark, theils 150 Mark jährlich; so sehen damit in ihrem Dienstverdienst noch immer den Postsekretären vor, die sich in anderen größeren Städten des Reichs befinden, beispielsweise in Hamburg, in Frankfurt am Main, in Köln, wo an die Dienstfähigkeit der Beamten nicht minder große Anforderungen gestellt werden müssen. Der Wohnungszuschuß, wie er seit dem Jahre 1873 den Beamten gewährt wird, bildet außerdem eine wesentliche Auszeichnung; dieser ist in Berlin um 80 Thaler (240 Mark) jährlich höher für die Beamten der gedachten Kategorie, als im Durchschnitt in den Städten des ganzen Reichs. Die Postsekretäre, die gegenwärtig in Berlin beschäftigt sind, werden natürlich in ihrem gegenwärtigen Einkommen keine Verminderung erfahren. Es wird überhaupt eine Ausgleichung namentlich auch darin gefunden werden, daß, wie sich aus dem Etat ergibt, eine Erhöhung des Durchschnittsgehältes für 1760 Stellen von 2175 Mark auf 2250 Mark in Antrag gebracht ist. Wenn diese Bewilligung stattfindet, so wird damit das Mittel gewonnen sein, einer größeren Zahl von Postsekretären, in Berlin wie an anderen Orten, Gehaltszulagen zu gewähren.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Haffelmann hat das Wort. Abgeordneter Haffelmann: Der Herr General-Postdirektor Stephan meinte vorhin, es sei eine Aufgabe der social-demokratischen Partei, für die unteren Postbeamten einzutreten. Da hat er sich ganz entschieden nicht geirrt. Und aus diesem Grunde sehe ich mich veranlaßt, hier zum zweiten Male, wie schon im vorigen Herbst, dafür zu sprechen, daß eine wirklich erfolgreiche Erhöhung der Gehälter dieser Beamten eintreift. Denn es ist etwas ganz anderes, ob vielleicht im Laufe von 20 Jahren die Gehälter jener Beamten um 25 Prozent erhöht werden, während zu gleicher Zeit die Preise der Lebensmittel, nebst den Wohnungsmiethen u. s. w. um 100 Prozent aufschlagt, resp. der Entwerthung des Geldes genau angepaßt wird. Und in der That berührt diese Frage hier nicht bloß die Postbeamten, sondern sämtliche Beamte.

Im Laufe der letzten zwanzig Jahre haben sich die Beamtengehälter um ein Bedeutendes weniger vermehrt, als sämtliche Preise der Lebensbedürfnisse gestiegen sind; ich habe dies besonders deutlich erleben, als ich den gegenwärtigen Etat mit den früheren Etat des preussischen Staates verglich. Beispielsweise stellt sich heraus, daß im Jahre 1855 die Berliner Briefträger durchschnittlich 1040 Mark an jährlichem Gehalt erhielten, während sie gegenwärtig im Durchschnitt 1200 Mark jährlich erhalten. Es stellt sich ferner heraus, daß die Unterbeamten bei den Lokalspostanstalten vor 20 Jahren ca. 680 Mark im Durchschnitt erhielten. Gegenwärtig läßt es sich nach der Statistik des vorliegenden Etats nicht genau feststellen, wie viel diese Beamtenkategorie erhält; denn es ist nicht bezüglich jeder einzelnen Beamtenkategorie angegeben, wie viel ihre Gesamtzahl und die Gesamtsumme ihres Gehalts beträgt, und man kann daher nicht wissen, wie viel die 8860 Unterbeamten der Lokalspostanstalten im Durchschnitt erhalten.

Zusammen sind vielmehr die Summen 11,335 niederen Beamten, unter denen auch die Briefträger und Postträger mit inbegriffen sind, mit einem Budget von 12,572,000 Mark aufgeführt. Unter solchen Umständen ist es mir nicht möglich, für jede einzelne Klasse der Beamten die Steigerung des Gehalts ganz genau festzustellen. Aber im großen Ganzen berechnet, ist der Gehalt für die Berliner Briefträger um 15 pCt. aufgeschlagen, für die übrigen Unterbeamten um 20 bis 25 Prozent. Nur die Landbriefträger befinden sich in einer scheinbar besseren Lage, indem ihr Gehalt im Durchschnitt um 80 Prozent erhöht ist. Doch allemal sind sie noch immer in der traurigsten Lage; denn, wie hier angegeben ist, beträgt ihr Gehalt jetzt 540 Mark jährlich, also etwa 1/2 Mark pro Tag. Ein gewöhnlicher tüchtiger Arbeiter steht sich immer noch besser, als ein Landbriefträger.

Die Aufbesserung des Gehalts der Postbeamten in den letzten 20 Jahren ist also eine vollständig unzureichende, während in demselben Zeitraum das Wachstum der Löhne der Arbeiter sowohl als der Gehälter der höheren Beamten der Industrie, welche als Ingenieure, Bautechniker u. s. w. angestellt sind, bedeutend besser sich gestaltet hat. Hier haben wir z. B. den Gehalt der verschiedenen Postsekretäre. Es beläuft sich der Durchschnittsgehalt der ersten Klasse auf 2225 Mark, der zweiten auf 2250 Mark; dies repräsentirt also ein Durchschnittseinkommen von 60 bis 65 Thalern monatlich. Ich frage Sie nun, meine Herren, ob der Kommissar eines Bankgeschäfts, oder ein im Eisenbahndienst angestellter technischer Beamter, oder ein Techniker, der in einer größeren Fabrik beschäftigt ist, oder auch ein Bankdirektor, nicht einen entschieden höheren Gehalt bezieht? Man verlangt vom Postsekretär aber genau dieselbe Bildung, man verlangt genau dieselbe anstrengende Thätigkeit; die Bureauarbeiten der Postbeamten sind im Allgemeinen sogar noch länger. Ich kann versichern, daß mir nur sehr wenige, und noch dazu verhältnismäßig junge Leute bekannt sind, die weniger Gehalt in den erwähnten Stellungen beziehen, als 75 Thaler monatlich. Bei längerer Anstellung und höherem Alter steigt bei den Angestellten, die in der Industrie, beim Eisenbahnbau u. s. w. beschäftigt sind, der Gehalt auch noch bedeutend rascher wie bei den Beamten der Post mit ihrem Dienstalter. Viel rascher kann Jemand auf industriellem Gebiet Karriere machen.

Dasselbe, wo nicht ein noch mißlicheres Verhältniß haben wir bei den Unterbeamten. Dort sind die Gehälter so knapp bemessen, daß sie kaum den Arbeitslöhnen der gewöhnlichen Arbeiter gleichgestellt werden können.

Nun werden Sie fragen: wie kommt es, daß im Allgemeinen die Postbeamten nicht mehr petitioniren? daß wir immer nur einige wenige Petitionen, wie z. B. gegenwärtig eine solche aus Köln, in jeder Session vor Augen haben? Ich antworte darauf: die Leute sind vermehren eingeschüchtern, daß Niemand mit Petitionen in großem Stil vorzugehen wagt. Wohl ist es möglich, daß an einem einzelnen Orte durch den Einfluß eines besonders energischen Kollegen die Postbeamten zu petitioniren beginnen. Aber eine Massenpetition mit 10,000 Unterschriften, wie sie nöthig wäre, um einen Einbruch auf die Gehaltszahlung auszuüben, wagt man nicht zu veranstalten, aus dem einfachen Grunde, weil die schlimme Erfahrung betreffs der Zeitung: „Die deutsche Post“ einen allzu großen Druck auf den gesamten Stand der Postbeamten ausübt. Wenn sich die Beamten sagen müssen, daß es ihnen nicht erlaubt ist, auf eine Zeitung zu abonniren, wenn sie riskiren, daß auf der Post die Abonnementslisten nachgesehen werden, und die Einzelnen des Abonnirens wegen gemahregelt werden, — unter solchen Umständen kann man den Leuten nicht verdenken, wenn sie sich auch nicht daran machen, eine Massenbewegung in's Werk zu setzen. Jeder, der auftreten wollte, der eine Verammlung der Postbeamten einberufen wollte, der einen Verein von Postbeamten zum Zweck der Verbesserung ihrer Lage begründen wollte, würde als „Agitator“ über Bord geworfen werden.

Was für eine Stimmung seitens des Herrn Generalpostdirektors gegen solche Bestrebungen vorherrscht, haben wir schon gehört, da er gewissermaßen und Socialdemokrat sagte, wir können uns darüber bedanken, daß unsere Briefe überhaupt noch erpedit werden. Ganz in derselben Weise wird der Herr denken: die Postunterbeamten können sich darüber bedanken, daß sie ihr Brod im Hause haben; weiter zu rathen ist nicht erlaubt! Dies ist der Grund und der sehr kluge und einleitende Grund, weshalb von den Beamten nicht in Masse petitionirt wird. Es haben mir schon Hunderte von Postbeamten — gerade in Folge meiner letzten Rede in der vorigen Session — dieses Brieflich mitgetheilt, und ich weiß es auch aus der persönlichen Mittheilung von Ihnen, die ich früher niemals gesehen hatte, und welche eine Socialdemokraten sind.

Was verlangen für die Beamten übrigens nichts Absonderliches, sondern nur, daß man nicht thätiglich ihnen die Gehälter verkürzen lasse durch die heutigen Verhältnisse. Wenn ein Beamter vor 20 Jahren in den Postdienst eingetreten ist, so hat er damit sich einseitig in einer Arbeitsleistung verpflichtet, auf der anderen Seite hat er aber für sich das Recht in Anspruch genommen, nach dem damaligen allgemeinen Zustande bei der Karriere und der Steigerung der Gehälter heranzukommen zu werden und in gleicher Weise, wie es damals der Fall war, im Laufe der Zeit sein Einkommen zu verbessern zu sehen. Derjenige Beamte, der vor 20 Jahren in den Dienst eingetreten ist, hat sich persönlich gesagt: für meine Leistung werde ich entsprechend bezahlt, wenn ich den üblichen Gehalt habe und wenn ich nach 10 Jahren, nach 20 Jahren die übliche Steigerung erziele. Er hat aber nicht vorausgesehen, daß in der Folge in diesen 20 Jahren die Lebensbedürfnisse für einen solchen Beamten in einer Weise steigen, daß sich ihr Preis mindestens auf das Doppelte, bisweilen sogar noch auf mehr beläuft als zuvor.

Man wird mir vielleicht vorwerfen, diese Annahme wäre übertrieben; aber ich verweise sie auf die Wirklichkeit. Nicht berufe ich mich, wie es einzelne Nationalökonomien thun, lediglich auf die Kornpreise; jene erklären, weil die Kornpreise vor 20 Jahren mehr als die Hälfte des heutigen Preises betragen, so brauche auch ein Mensch heute nicht das Doppelte für seinen Lebensunterhalt zu zahlen. Es können aber viele Dinge hier in Betracht kommen, was ja ebenso gut einwenden, daß, da das Wasser heute noch genau eben so billig, resp. ebenso werthlos war, wie vor 20 Jahren, alle Lebensbedürfnisse nicht theurer wären, wie dazumal. Der Mensch lebt aber nicht allein von Wasser und Brod.

Thatsache ist nun, daß fast jedes Produkt, welches von dem arbeitenden Volk, resp. von den niederen Beamten konsumirt wird, in Folge des Andranges der Massen nach den Großstädten, in einer Weise im Preise gestiegen worden ist, wie man dies immer vor 20 Jahren oder selbst vor 10 Jahren geglaubt hätte. Das Brodlohn wird von Konsumanten des Brodes nicht mit dem Preise bezahlt, für welchen es der Bauer etwa produziert, sondern die Preise aller Lebensbedürfnisse, des Brodes, der sonstigen Nahrung, vor Allem der Speisen in den Restaurationen, auf welche ja namentlich die jüngeren Postbeamten und auch andere Beamte angewiesen sind, sind gänzlich vom Zwischenhandel abhängig und daher in einer unredneren Weise gestiegen, je dichter der großstädtische Verkehr ist. Ich kann aus eigener Erfahrung mittheilen, daß im Laufe der letzten 6 Jahre auf diese Art die Lebensmittelpreise mindestens um 75 bis 80 Prozent in Berlin aufgeschlagen sind, die Wohnungsmiethen aber noch mehr. In einer gleichen Weise also müßte von Rechts wegen aus der Stand der Postbeamten und übrigen Beamten im Gehalt aufbessert sein; aber dies ist nicht geschehen.

Ich erwähnte vorher speziell die Gehaltserhöhung dreier Kategorien der Postunterbeamten mit Ziffern; ich führte auf, in welcher Weise die Berliner Briefträger, die lokalen Unterbeamten und die Landbriefträger seit 20 Jahren aufgebessert worden sind, und daß dies nicht ausreicht. Nun behaupten wir dem gegenüber, daß die Postsekretäre, um mit ihren Gehaltsansprüchen wieder in das alte Verhältniß vor 20 Jahren zu kommen, einer Erhöhung von 20 bis 25 Prozent bedürften, und daß die unteren Beamten, wie Briefträger u. s. w., um sich heute dieselbe Menge von Gütern für ihren Gehalt kaufen zu können, mindestens eine Aufbesserung von 50 Prozent bekommen müßten.

Wenn wir dieses sagen, fügen wir auf den beschriebenen thätiglichen Verhältnissen. Beschränkt man uns die Wahrheit dieser Schlussfolgerung, nun wohl, dann möge man uns nicht hier mit dem einfachen Worte bekämpfen: es ist eine „social-demokratische Leberlei“, sondern dann möge man eine allgemeine Enquete über die Steigerung der Lebensmittelpreise veranstalten, dann möge der

Herr Generalpostdirektor, aus die Regierung selbst die Sache in's Auge fassen, in Bezug seiner Beamten ein Rundschreiben erlassen, damit dieselben die Marktpreise, die Wohnungspreise u. s. w. seit zwei Jahrzehnten niederlegen. Auf postalischem Wege wird sich leicht eine sehr genaue Statistik desselben herstellen lassen, was gegenwärtig ein Beamter zu seinem Lebensunterhalt braucht und was er vor 20 Jahren etwa dazu gebraucht hat. Es wird sich dann, ich verbürge mich dafür, das, was ich hier erklärt habe, bestätigt finden.

Nun, meine Herren, kommt ferner in Betracht, was man uns oft einwendet: es drängen sich ja trotz alledem Leute zum Beamtenstand; wenn der Verdienst wirklich so niedrig wäre, dann würden sie sich hüten; es würde etwa, wie das in Preußen ja so „glänzend“ mit dem Lehrermangel der Fall ist, ein größtenteils Postbeamtenmangel eintreten; die Postanstalten würden leer stehen, wie jetzt so mancher Schule des Kulturstaats leer steht. Meine Herren, es sind zufällige Verhältnisse, die in dem Vorleben der Beamten begründet sind, welche es unmöglich machen, daß bei dem Angebot dieser Arbeitskräfte das Verhältniß sich so ungünstig gestaltet, daß ein Nachschub dieses Andranges stattfindet. Der Subalternbeamte hat nämlich selten seinen Beruf freiwillig gewählt, sondern ist meist durch sein Vorleben genöthigt worden, den Beruf zu ergreifen. Bei den meisten Unterbeamten geht das Militärlieben dem Beamtenstand voraus, sie sind früher Unteroffiziere gewesen oder es sind Invaliden aus den letzten Kriegen. Sie sind also darauf angewiesen, eine Civilversorgungsstelle zu bekommen. Wenn man nun auch den Postdienst, das Amt eines Briefträgers, nicht als einen Versorgungs- und Ruheposten bezeichnen kann, so hat der Mann bei der langen Invalidenpension doch keine bessere Wahl, als einen solchen Posten zu ergreifen, selbst wenn jener auch noch so schlecht doctirt ist.

Bei denen, welche sich für das Postwesen selbst ausbilden, und welche später als Posthülfsbeamte, dann zu Postsekretären und in höhere Chargen aufrücken können, besteht ein ähnliches Verhältniß. Jene werden nämlich anfangs im Postdienst ausnahmsweise schlecht besoldet und so zum Schuldenmachen veranlaßt. Wir haben ja nur zu häufig gesehen, wie vor Gericht über Verbrechen abgeurtheilt wurde, welche nur dem Verlangen eines jungen von Schulden bedrückten Postbeamten entsprossen. Und was stellte sich dann heraus? Fast immer war die Ursache jene Schuldenmacherei, die in Folge der zu fargen Dotation dieser Beamtenstellen stattgefunden hatte. Sobald ein Beamter einige Jahre in der Karriere ist und er die Aussicht hat, daß sein Gehalt verbessert wird, ist er schon genöthigt, um aus diesem unheilvollen Zustande, daß er durch Schulden bedrückt ist, herauszukommen, im Postdienst bei der Fahne zu bleiben.

Die allmähliche, durch Entwerthung des Geldes und Steigerung der Lebensmittelpreise bewirkte Verringerung des sachlichen Einkommens kann später diese Leute, die ein für alle Mal an dies Beamtenstand getreten sind, nicht mehr abhalten, ferner demselben anzugehören. Das soll ein Briefträger beispielsweise machen, wenn er sich sagt: ich kann nicht auskommen, ich kann meine Kinder keine menschenwürdige Erziehung bereiten! Soll er fortgehen und die Strafe des Exils, vor den Thüren Holz klopfen oder mit dem Bettelstab einherziehen? Es ist nicht möglich für ihn, eine andere ausreichende Karriere zu ergreifen, er ist ein für alle Mal auf das glänzende Kleid des Beamtenprätentials hingeworfen, er ist daran gefesselt.

Aus diesen Gründen zeigt sich dem Postwesen, wie bei dem übrigen Beamtenstande, kein Mangel an solchen Personen, die sich hinzudrängen. Aber in demjenigen Klassen von Staatsbürgern, welche gewissermaßen die Vorläufer des Beamtenstandes sind, verringert sich gegenwärtig schon das Angebot. Wir lesen es nicht bloß in den Zeitungen, sondern hören es aus offiziellen Erklärungen, daß ein abgeleiteter Mangel an Unteroffizieren stattfindet. Bayer rührt das? Weil kein junger Mann sich mehr dazu bereit finden will, in der Arme Unteroffizier zu sein, da ihm für seinen späteren Lebensabend nicht mehr die günstige Civilversorgungsstelle geboten wird, wie vor einem Menschenalter. Während sich vor einem Menschenalter eine Menge Leute zum Unteroffiziersstand drängten, um später Beamte, eventuelle Postbeamte und Briefträger zu werden, hört das heute auf; viel lieber ergreift der Mann ein technisches Gewerbe und wird Arbeiter, als daß er einer solchen fargen und ähwanfenden Aussicht (aber jahrelang in der heftigen Arme als Unteroffizier) dienste. Dort sehen wir also die sehr Folge jener allgemeinen Kalamität des niederen Beamtenstandes.

Ich erwähne hier weiter, daß man uns einwendet, wenn wir bedeutend höhere Besoldungen der Beamten in Vorschlag bringen, daß hierdurch entweder der Ueberfluß der Postverwaltung wegfiele, oder auf der anderen Seite eine Erhöhung des Briefpreises oder anderer Postsätze stattfinden müßte. Ich erkläre ganz entschieden, daß es besser wäre, wenn das allgeringste Staatslohn einig Millionen weniger auf diese Weise erlangte, als wenn Lehntausende von Staatsbürgern in Roth und Elend darrten. Der Staat hat seinen Beamten gegenüber die Pflicht, sie menschenwürdig zu erlassen; der Staat darf nicht seinen Beamten gegenüber in die Stelle treten, wie ein Fabrikbesitzer, der bei einer Beschäftigung die Fabrikarbeiter schlägt und ackert, es müßte zu geringeren Löhne gearbeitet werden. Eine solche Tendenz ist der Gemeinwohl der Staatsbürger durchaus unzulässig. Denn was repräsentirt den Staat und die Staatsregierung? Es ist die Gesamtheit des Volkes; nicht sind es bloß jene Beamten, die an der Spitze stehen und von oben herab das Trüben der Nation, ihnen Untergebenen befehlen, resp. eine unangenehme Absolutismus eingeführt haben. Die Gesamtheit des Volkes hat also die Pflicht, und die niederen Beamten, haben das Recht, zu verlangen, daß die Gehälter in solcher Weise fest werden, daß nicht Roth und Elend über diese große Klasse von Staatsbürgern herabbeschworen wird. Es ist diese Ansicht eine socialistische, das ist gewiß, und in einer socialistischen Gesellschaft würde der Staat allerdings dafür Sorge tragen müssen, daß alle Beamten, welche von ihm direkt abhängen, genau in denselben Verhältnissen sich befinden, wie die Arbeiter einer Produktivassociation, resp. eine genau ein ähnliches Auskommen hätten. In derselben Weise wie für die Lohnarbeiter von uns verlangt wird, daß sie den vollen Arbeitsertrag bekommen und nicht bloß mit dem fargen, zum Lebensunterhalt nur eben ausreichenden Lohn als Einkommen abzugeben werden, ebenso ist der Staat verpflichtet, einen menschenwürdigen Unterhalt den Arbeitern, die direkt von ihm abhängig sind, zu gewährleisten. Aber, wie gesagt, heutzutage herrscht die Tendenz vor, die niederen Beamten als eine Klasse von Lohnarbeitern zu betrachten, deren Lohn man so farg bemisst, als Angebot und Nachfrage es zulassen. Man sagt: je weniger Gehalt sie haben, desto besser sieht das Gemeinwohl dabei.

Auf diese Weise wird aber thätiglich bewirkt, daß im Laufe der Zeit eine Depravation der Beamtenklasse stattfinden muß.

Ich hätte nämlich einem Gespräche mehrerer Beamten zu. Sie sprachen frei zu einander, weil sie wohl glaubten, daß sie nicht erkannt werden, und mit-jedem nicht kannten. Sie meinten, daß, wenn man einen Schutzmann in Berlin mit 300 Thalern besoldet, man sich nicht zu wundern brauche, wenn dieser Schutzmann genöthigt sei, hier und dort „Nebenverdienste“ zu suchen; dies sei bei dem ganzen niederen Beamtenstande der Fall, so daß man sich nicht zu wundern brauche, wenn aus den Gefängnissen die Kaffier von Spinduben leicht hinausbesördert werden, weil auch die Gefängnisbeamten mit dem jetzigen Gehalte nicht existiren könnten. Was hier in meiner Gegenwart ausgesprochen wurde, muß ich für wahr halten. Wenn nicht dem heutigen Systeme Einhalt gethan wird, wenn man glaubt, daß man den Beamten gegenüber vollständig Genüge leistet, indem man ihren Geldlohn oder Gehalt auf derselben Stufe wie einmal beläßt, obgleich ihr Sachlohn in Folge der Steigerungen der Lebensbedürfnisse hierbei zurückgeht, dann wird eines von zwei Dingen erfolgen. Entweder wird das Beamtenstand deprivatirt, foreumpirt, erzieht sich der Beschäftigung und ähnlichen Lustern, oder das Beamtenstand ist noch von gesundem Sinn begeistert — und ich glaube das —, und dann wird das Beamtenstand nicht sich wegwerten, sondern es wird ganz energisch in's Irre treten für seine Rechte, es wird sich gerade so, wie die Lohnarbeiterklasse, als enterbten Stand betrachten; es wird sich sagen, daß es auch zur enterbten großen Klasse des Volkes gehört, und dann kämpfen für die allgemeinen Volksrechte, die allgemeinen Menschenrechte. Diese letztere Wendung der Sache hoffe ich; ich hoffe, daß der Rath einer Depravation an unserem Beamtenstand vorübergehen werde; ich hoffe, daß es sich energisch aufrufen wird. Aber zu gleicher Zeit werden wir es nicht unterlassen, den Weg zu zeigen, der aus der jetzigen Kalamität führt, die durch die Entwerthung

Der große Hochverrats-Prozess in Graz gegen Tauschinski und Genossen hat, wie wir vermutheten, ein klägliches Ende genommen und die österreichische Regierung, die den Südcenken Tauschinski schon auf Jahre hinter den „eisernen Gardien“ trümmte, sieht ganz verblüfft da. Die Geschworenen haben nämlich die auf Hochverrath, Ruhestörung und Bildung eines Geheimbundes, resp. Theilnahme an einem solchen lautenden Fragen verneint, nur die wegen Aufreizung gestellte Frage bejaht. Der Gerichtshof verurtheilte demzufolge die Angeklagten Tauschinski und Wanke zu dreimonatlichem, den Angeklagten Hochreiter zu zweimonatlichem Arrest; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Ru's Geste wird demnach wohl der österreichischen Polizei die Lust an Hochverrats-Prozessen vergehen.

Aus Catalonien in Spanien kommen, wie wir der liberalen Presse entnehmen, „schlimme Nachrichten“ für die Madrider Regierung. Verschiedene Privatbriefe bestätigen, daß man unterworfenen Carlisten in dieser Provinz hart und selbst ungerührt behandelt hat. Man machte ihnen allerlei Versprechungen, damit sie die Waffen niederlegten und warf sie schließlich in die Gefängnisse oder steckte sie in die für Cuba bestimmten Regimenter. Das hat mit der Zeit große Erbitterung unter den leicht entzündlichen Cataloniern hervorgerufen. Aus Furcht, nach Cuba geschickt zu werden, halten sich die ehemaligen carlistischen Freiwilligen versteckt. In ihren Verstecken leiden sie jedoch durch Kälte und Mangel an Nahrung und so hat sich ihrer eine verzweifelte Stimmung bemächtigt. Es bedarf nur eines bereiten Führers, um sie wieder für den Carlismus die Waffen erheben zu machen. Außerdem soll Tristano, der vor einigen Wochen zum Gouverneur von Catalonien ernannt wurde, in der Provinz angekommen sein und im Verein mit Priestern „sein Werk“ begonnen haben. Nach dieser Angabe soll während des Winters wieder eine catalonische Armee heimlich formirt werden, mit der Tristano bei Beginn des Frühjahrs aufzuziehen werde. Auch sollen sich die „Nothen“ wieder regen. Was an diesen Sachen wieder wahr ist, können wir zur Stunde noch nicht beurtheilen. Etwas scheint es aber, daß diesen Nachrichten zufolge der Carlismus in Spanien keineswegs unterlegen ist, und zweitens, daß auch der Socialismus daselbst einen bedeutenderen Einfluß besitzt. Der liberale Stern will auch in Spanien nicht recht hell leuchten.

* Der bekannte volkswirtschaftliche Schriftsteller **Robbertus** ist am 6. Dezember auf seinem Landgute Jagkowo an einer Lungenentzündung gestorben.
— Ebenfalls ist Professor Dr. **Friedrich Albert Lange**, der Verfasser der „Arbeiterfrage“, am 21. November in Marburg gestorben.

Der Frau **Strouberg** ist von den früheren Socien ihres Gatten, den Herzogen von Ratibor und von Ujest und dem Grafen Lehndorff, für die Dauer der Abwesenheit des Dr. Strouberg eine Dotation von 1000 Thaler monatlich ausgesetzt worden. — Welche Höflichkeit unserer Bourgeois-Literaten nur von einer „Abwesenheit“ Strouberg's zu sprechen!

* Der „Reichsbote“, das Organ der Berliner Jünglingsvereiner und Pietisten, läßt sich aus Schleswig-Holstein folgendes kläffische und drasische Hülfsmittel gegen den schnellen Stellenwechsel der Elementarlehrer, der bekanntlich nur auf deren klägliches Gehalt zurückzuführen ist, schreiben:

„Man möge eine Bestimmung treffen, wonach der Lehrer, welcher eine Stelle, um die er sich beworben und die er aus freien Stücken angetreten hat, innerhalb der ersten zwei Jahre wieder verläßt, sämtliche Kosten, die sein Amtsantritt der Gemeinde verursacht hat, wieder zurückzuerstatten. Ein solcher Unfug von Stellenjägerei schadet nämlich nicht bloß der Schule, sondern auch den Lehrern, welche damit ein geringes Interesse für das Gedeihen der Schule bekunden“ etc.

Nun, warum zahlt der Redakteur des „Reichsboten“, der plötzlich seine mit 900 Thalern dotirte Pfrundstelle verließ, um Literat mit 1600 Thalern zu werden, sein bis zu diesem Schritt bezogenes Pfrundgehalt nicht zurück? Oder ist dies kein „Unfug von Stellenjägerei“? Um gefällige Antwort bittet die Redaktion des „Neuen Social-Demokrat“.

Innere Parteiangelegenheiten.

Auf verschiedene Anfragen, besonders aus Schleswig-Holstein, zur Mittheilung, daß Herr C. B. Richter in Wandersbed vom Vorstande nicht zur Agitation verwendet wird, da derselbe durch sein Auftreten die Partei schädigte, und einer bestimmten Erklärung über seine Stellung zu derselben bis jetzt ausgewichen ist. Hamburg, 7. Dezember 1875.

Mit social-demokratischem Gruß
J. A.:
C. Derossi. J. Auer.

Vurscheid, 2. Dezbr. (Allgemeiner Bericht) Sonntag, den 31. October, hielten wir hier eine Vollversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die heutige Geschäftskrise und die Vorschläge zu deren Beseitigung“. Referent war Herr Luchtersberg aus Wald. Sonntag, den 28. Nov., hielten wir ebenfalls wieder eine Vollversammlung ab, in der Herr Schumacher aus Köln referirte. Die Tagesordnung bildete: „Die politische Lage Deutschlands“ und „die Biersteuer“.

Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht und den Rednern wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Mit social-demokratischem Gruß
J. A.: Kornelius Barthaus.

Berlin, 10. Dez. (Pugerverammlung.) Gestern fand eine stark besuchte Versammlung Berliner Puger statt. Freund Heinsch hatte dieselbe einberufen und wurde auch von der Versammlung zum Vorsitzenden gewählt. Herr Winnen hielt einen gediegenden Vortrag über die Nothwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall und wurde sofort beschlossen, eine Kommission, aus elf Personen bestehend, zu erwählen, welche ein Statut für einen Unterstützungs-Verein der Berliner Puger auszuarbeiten und einer demnächstigen Versammlung zur Begutachtung und Annahme vorlegen soll. In die Kommission wurden folgende Herren gewählt: Abraham, Born, Dietrich, Dahn, Hoffstadt, Kähler, Kersch, Kugel, Kandt, Schöne, Siebte.

Hamburg, 27. Novbr. (Allg. Reepschläger- und Seiler-Verein.) Da hierorts in einer Werkstelle die Arbeit durch Nothregelung des Vorsitzenden niedergelegt wurde, so ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, den Huzug nach hier fern zu halten.
NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.
C. Herwig.

Bremen, 6. Dez. (Allgem. deutscher Schneider-Verein.) Da es in neuerer Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß in Vereinsangelegenheiten nicht an die direkte Adresse des Vorstandes geschrieben wurde, worin sich auch noch sogar ein altes, augenblicklich von Bremen abwesendes Mitglied veränderte, so wird hiermit zur Nachricht, daß auf Beschluß der hiesigen Mitgliedschaft, alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten, soweit dieselben nicht speziell auf die Kontrollkommission sich beziehen, direkt an den Bevollmächtigten A. Schneider, Calvinstraße 18, I. Etage, zu adressiren sind.

Den Parteigenossen empfehlen wir folgendes in spanischer Sprache in Mexiko erscheinende Arbeiterblatt:
„Semanario“ (Wochenschrift.)

Zur Beachtung.

Die Adresse des Sekretariats der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist jetzt
Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.
J. Auer. C. Derossi.

Briefkasten.

Waldemann, Hamburg. Annonce für die Freitags-Kummer zu spät eingetroffen, heute nutzlos.
Jbsen, Frankfurt a. M. Ihr Brief kam zu spät, um die gewünschte Berichtigung rechtzeitig, also nutzbringend, machen zu können.

Parteigenossen Berlins! Sonntag, den 12. Dezember, Vormittags 10 Uhr, Sophienstraße 15, Große Volksversammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn **W. Sasenelever**. Erscheint pünktlich und zahlreich.

Anzeigen.

Berlin.
Arbeiterversammlungen:
Sonabend, 11. Dez., Ab. 8 Uhr,
1) Grätwell's Bierhallen, ob. Saal.
2) Eissackerstr. 57 bei Joller.
Montag, 13. Dez., Abends 8 Uhr,
1) Mariannenstr. 31, Zuckerrüchallen.
Die Hausindustrie. Vortrag des Herrn Bernstein. Verschiedenes.
2) Landwehrstr. 11, bei Meister.
Vortrag des Herrn Dr. Kunz. Bericht.
Die Genossen dieses Bezirks müssen der Volksfrage wegen vollständig am Platze sein. Allgemeine Theilnahme ist nothwendig.
(F. 29.) A. Heinsch. [3,60]
Billetts zum **Endecker-Fest** in allen Versamml. Nur 2000 werden ausgegeben.

Berlin. Dienstag, 14. Dezember, Abends 8 Uhr,
bei Vogel, Alexanderstr. 31.
Öffentl. Versammlung der Berliner Zimmerer.
L.D.: Der Kampf um's Dasein. Ref.: Johannes Klinkhardt.
Zimmerleute, erscheint recht zahlreich.
(F. 98.) Otto Kapell. [2,20]

Berlin. Mittwoch, 15. Dezember, Abends 8 Uhr,
bei Vogel, Alexanderstr. 31.
Ausschluß-Sitzung der Maurergesellen-Kranken-Kasse.
Sämmtliche Gewählte müssen erscheinen.
Der Vorstand. [1,80]

Berlin. Montag, 13. Dezember, Abends 8 Uhr,
in Grätwell's Bierhallen (oberer Saal),
Öffentl. Schuhmacherverammlung.
L.D.: Vortrag des Herrn Klinkhardt über die Korporationsbewegung in Deutschland und England. Szymath.
NB. Das Schuhmachersfest findet am ersten Weihnachtsfeiertage, Abends 6 Uhr, im Neuen Gesellschaftshause, Riederwallstraße 20, statt. [2,20]

Berlin. Dienstag, den 14. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,
Sophienstr. 15,
Große General-Versammlung sämmtl. Schmiedegesellen.
(F. 109.) J. Jacob. [1,80]

Tischler Berlins!
Wir fordern Euch auf, in der am 12. d. stattfindenden geschlossenen Mitglieder-Versammlung d. Tischler- (Schreiner-) Vereins sämmtlich zu erscheinen!
(F. 100.) Kühne. Wienecke. [1,40]

Reinen geehrten Parteigenossen empfehle mein **Uhrmacher-Geschäft**. Reparaturen und neue Uhren unter mehrjähr. Garantie.
(F. 110.) D. Klinghaußen, Uhrmacher, Alexanderstr. 44.

Moabit. Sonntag, 12. Dezbr., Vorm. 9 1/2 Uhr,
im Bellevue-Theater, [1,80]
Öffentliche Versammlung sämmtl. Zimmerleute Moabits und der Umgegend.
L.D.: Vortrag des Herr O. Kapell.

Hamburg. Mittwoch, 15. Dez., Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Ohl, Spitalerstr. 18,
Mitglieder-Versammlung der Zimmerer-Unterstützungskasse.
L.D.: Abrechnung, Statutenänderung.
(F. 40.) E. Pfeiffer. [2,00]

Hamburg. Mittwoch, den 15. Dec., Abends 7 1/2 Uhr,
im Salon zum Roland, 1. Jakobstr. 19,
Mitgliederversammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-Arbeiter.
L.D.: Abrechnung vom letzten Ball. — Verschiedenes.
Herr J. Hansen aus Altona ist hierzu eingeladen.
(F. 1.) J. Krohn. [2,20]

Altona. Dienstag, 14. Dez., Abends 7 1/2 Uhr,
in Heinsch's Salon,
Große Öffentl. Versammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-Arbeiter.
L.D.: Die Stellung oben genannter Arbeiter den übrigen Gesellschaftsklassen gegenüber. Ref.: Herr Schwedenbach.
Ich mache hiermit bekannt, daß der Verein der Bau- und Erd-Arbeiter aufgelöst und sich obigem Verein angeschlossen hat.
(F. 20.) S. Cordes. [3,40]

Altona. Montag, 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Ehler, Norderstraße,
Geschl. Mitgliederversammlung des Allg. Tischler (Schreiner-) Vereins.
Luitungsbuch ist vorzuzuziehen.
(F. 20.) Der Bevollm. [1,80]

Barmbed. Mittwoch, 15. Decbr., Abends 8 Uhr präc.,
im Lokale des Herrn Schulz in Barmbed am Markt,
Öffentliche Arbeiterversammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zutritt frei.
(F. 89.) C. Simon. [2,00]

J. Cigarren! Nothab. Berl. Kal. 6 1/2, Dom. 8 u. 8 1/2, Pl. Braßl 8 1/2 u. 9 Sgr. Java-Dechl. v. 11 Sgr. Barz, Barnimstr. 7.

Barmbed. Dienstag, 14. Decbr., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Schulz in Barmbed am Markt,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Allg. Tischler (Schreiner-) Vereins.
L.D.: Vortrag, Abrechnung.
(F. 89.) A. Hartlieb. [2,60]

Bremen. Montag, den 13. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,
in Ever's Hotel (Hermannshalle),
Öffentliche Versammlung der Socialist. Arbeiterpartei.
L.D.: Ein Zeichen der Zeit. Referent: W. Fried.
Parteigenossen, sorgtet für gefülltes Lokal.
(F. 67.) Der Vorsitzende. [2,20]

Bremen. in diesem Jahr, am ersten Weihnachtsfeiertage
großartige Weihnachts-Feier,
bestehend in

Concert, Vorträgen, Verloosung und Kinderbelustigung an den Weihnachtsbäumen.

Loose à 30 Pf. sind in allen Versammlungen zu haben. — Anfang 5 Uhr.
Wir ersuchen Parteigenossen und Freunde, zu der Verloosung uns mit Geschenken zahlreich unterstützen zu wollen.
Für Geschenke im Werthe von 75 Pf. wird ein Loos gratis verabfolgt.
Es ladet ergebenst ein:
(F. 67.) Das Fest-Comité [4,80] der Socialistischen Arbeiter-Partei.

Zehoe. Sonnabend, 18. Dezember, Abends 8 Uhr,
bei W. Egger's, Feldschmiede,
Besprechung sämmtlicher Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat“, „Volksstaat“ u. „Hamburg-Altonaer Volksblatt“.
(F. 81.) Die Redaktionskommission. [1,80]

Frankfurt a. M. Dienstag, 14. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Buchl, Zeit 47,
Öffentliche Versammlung des Frankfurter Schreiner-Vereins.
L.D.: Was bringt uns die Großindustrie?
Balzer. [1,60]

Reinen geehrten Parteigenossen empfehle mein **Uhrmacher-Reparaturen** unter 1jähr. Garantie.
A. Gräger, Uhrmacher, Stalizerstr. 120, Ecke Mariannenstraße, Berlin SO. [8,00]

Brandenburg a. d. S. Dienstag, d. 14., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Hildebrandt, Wollweberstr. 5,
Volksversammlung.
Der Reichstagsabgeordnete Reimer ist anwesend.
(F. 62.) A. Altenkirch. [1,80]

Magdeburg. Montag, 13. Dez., Abends 8 Uhr,
im Gekner'schen Gesellschaftshause, früher „Villa Rosa“, Gr. Storchstr. 7,
Volksversammlung.
L.D.: Die Gewerksvereine und die Social-Demokratie. Referent: A. Zwieler aus Altdenburg.
Sämmtliche Parteigenossen müssen am Platze sein. (F. 100.) Der Agent [2,20]

Zur Beachtung!
In Folge der bei uns erfolgten Beschlagnahme des Kalenders pro 1876:
„Der arme Conrad“, sind wir nicht im Stande, die uns zugegangenen Bestellungen auszuführen und ersuchen unsere Freunde, sich bis auf Weiteres

bei fernem Bedarf direkt nach Leipzig an die Verlagshandlung: **Genossenschafts-Buchdruckerei, Färberstraße 12, zu wenden.** (F. 114.) [5,00]
Die Buchhandlung des „Neuen Soc.-Demokr.“

Ottensen. Die Destillation, Biswardstraße 17 empfiehlt ein großes und detaill.: feinstreien Doppeltännel à Flasche 38 Pf., Rum, Cognac, Punsch-Extrakt etc.
Bedeckte Regalbahnen für Klubs etc. pr. Stunde 75 Pf. Sacambote-Billard pr. St. 45 Pf. Zimmer für Klubs und Comité-Sitzungen, Ergebenst [5,50] (F. 63.)
NB. Es liegt ein Arbeitsnachwehbuch für Cigarrenarbeiter bei mir aus. D. D.

Hamburg.
Ich empfehle den Parteigenossen Hamburgs mein Lager aller Sorten Uhren und Tabakketten von den billigsten Preisen an.
Gute Federn einsehen kostet 18 Gr. Reparaturen prompt zu ganz soliden Preisen.
Auswärtigen Parteigenossen sende ich Uhren gegen Postvorschuß frei in's Haus.
H. Tegen, Uhrmacher, Reuß. Reußstr. 44. (F. 1.) früher 49. [5,00]

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

MEYERS KONVERSATIONS LEXIKON

Neue Subskription auf die **Dritte Auflage** mit **360 Bildertafeln und Karten.**

Heftausgabe:
240 wöchentliche Lieferungen à 5 Sgr.

Bandausgabe:
30 broch. Halbbände à 1 Thlr. 10 Sgr.
15 Leinwandbände. . . à 3 . . . 3 .
15 Halbfranzbände. . . à 3 . . . 10 .

Bibliographisches Institut in Leipzig (vormals Hildburghausen).

Erschienen sind sechs Bände (Elegie — Frankomanie)

und durch jede Buchhandlung zu beziehen.

„Schwarze Kabinette“ (türlich erschienen) empfehlen wir den Parteigenossen zur besonderen Beachtung.
1 Exemplar 75 Pf., in Partien à 60 Pf. Die Expedition.